



Europäische Akademie Berlin

Aktuelle Entwicklungen in der EU

*Eine Veranstaltungsreihe der Stiftung Wissenschaft und Politik,
der Europäischen Akademie Berlin sowie dem Informationsbüro des
Europäischen Parlaments in Berlin*

Die Europäische Union (EU) unterliegt derzeit einem rasanten Wandel: Zum einen hat der Vertrag von Lissabon relevante Änderungen an Institutionen, Entscheidungsverfahren und in einzelnen Politikfeldern gebracht, die im Laufe des Jahres 2010 weiter umgesetzt werden. Zum anderen entwickeln sich einige Politikfelder – insbesondere der Bereich von Wirtschaft, Währung und Finanzen – derartig tiefgreifend, dass die Zukunft der EU davon entscheidend mitbestimmt wird. Diese vielfältigen Dynamiken ändern den Kontext für das nationale europapolitische Handeln entscheidend.

Die Veranstaltungsreihe hat das Ziel, den Status Quo und die Perspektiven institutioneller Dynamiken und Politikbereiche aufzuarbeiten und schafft Raum für die Diskussion wünschenswerter und wahrscheinlicher Entwicklungsperspektiven. Dies geschieht jeweils vor dem Hintergrund des neuen institutionellen Kontextes nach Lissabon, den unter anderem eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments und die stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente charakterisieren.

Die Veranstaltungen richten sich an Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten sowie Beamte und Referenten in den Ministerien.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenfrei. Sie finden im Informationsbüro des Europäischen Parlaments (Unter den Linden) statt.

Veranstaltungsort:

Informationsbüro des
Europäischen Parlaments
Unter den Linden 78
10117 Berlin

Anmeldung bitte bei Ute Böhr unter Tel. 030-895951-33 oder unter ub@eab-berlin.eu. Weitere Informationen unter www.eab-berlin.eu



Europäische Akademie Berlin

Die EU nach dem Lissabonner Vertrag -

Die parlamentarische Dimension. Änderungen der bisherigen Strukturen und Anforderungen an die nationalen Parlamente

Freitag, 9. Juli 2010, 9.30-13.00 Uhr

Panel 1: Das EP in den neuen Entscheidungsverfahren

Der Lissabonner Vertrag gilt weithin als „Vertrag der Parlamente“. Das erste Panel des Workshops möchte daher die Folgen der umfassenden Ausweitung der Gesetzgebungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Europäischen Parlaments (EP) diskutieren. Wie wirken sich die Machtverschiebungen innerhalb des institutionellen Dreiecks auf die Entscheidungsverfahren und interinstitutionellen Beziehungen aus? Droht ein wachsender Antagonismus zwischen Ministerrat und EP in Kernbereichen wie der Innen- und Justizpolitik oder den EU-Außenbeziehungen? Entwickelt sich das in den ersten Monaten unter Lissabonner Regeln sichtbar an neuem Selbstbewusstsein gewonnene EP mehr und mehr zu einem ‚Agendasetter‘ in der Fortentwicklung des Integrationsprozesses? Kann das EP über informelle Instrumente wie die zukünftige Rahmenvereinbarung mit der Kommission seinen Einfluss über die ihm vertraglich garantierten Rechte hinaus weiter ausbauen?

Referenten: Daniela Kietz (SWP), Nicolai von Ondarza

Panel 2: Informationsrechte nationaler Parlamente in der Praxis

Der Vertrag von Lissabon weitet auch die Informationsrechte der nationalen Parlamente aus, erhebt sie zu „Wächtern der Subsidiarität“ und stärkt ihre Mitbestimmung bei Vertragsänderungen. Um diese neuen Rechte und die damit verbundene europapolitische Verantwortung wahrnehmen zu können, haben Bundestag und Bundesrat ihre internen Strukturen und Verfahren angepasst. Das Ziel des zweiten Panels soll es sein, die Erwartungen und die ersten Erfahrungen mit den neuen Verfahren vorzustellen und zu diskutieren: Welche neuen Rechte und Verfahren eröffnet der Vertrag und wie haben sich Bundestag und



Europäische Akademie Berlin

Bundesrat angepasst? Welche neuen Herausforderungen bergen diese unmittelbaren Möglichkeiten für die nationalen Parlamente, an der europäischen Gesetzgebung mitzuwirken? Welche Bedeutung können die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten für den europäischen Integrationsprozess und die Fortentwicklung der EU haben?

Referenten: Peter Becker (SWP), Heike Baddenhausen (Deutscher Bundestag), Daniela Kietz (SWP)